

MITENDRIN am Rande



kda

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der
Bremischen Evangelischen Kirche

Stiftung Die Schwelle



Arbeit und Zukunft e.V.



**MITEINANDER,
NEBENEINANDER,
GEGENEINANDER**

— WIE KALT WIRD ES NOCH IN BREMEN?



Ingeborg Danielzick,
Fachleitung
beim Kirch-
lichen Dienst
in der Arbeits-
welt, Bremen

Liebe Leserin, lieber Leser

„Mittendrin am Rande“ heißt unsere Zeitung, die wir nun seit 15 Jahren für sozialpolitisch interessierte Bremerinnen und Bremer wie SIE herausgeben.

Was meinen SIE, sind Sie **Mittendrin**? Oder eher **am Rande**? Oder **Mittendrin am Rande**? Und wo waren Sie gestern? Und wissen Sie schon, welcher Platz Ihnen morgen noch zur Verfügung steht?

„Wie kalt wird es noch in Bremen?“ fragen wir im Untertitel dieser Ausgabe und meinen damit das soziale Miteinander in Betrieben und Quartieren und nehmen in den Blick, wie sich die verschiedenen Stadtteile Bremens immer mehr voneinander abgrenzen. In den vielfältigen Lebensbereichen wird das Nebeneinander schnell zum Gegeneinander. Auch in Betrieben und Institutionen gehen die einmal proklamierten Werte eines sozialen Miteinanders immer häufiger – angesichts eines vermeintlich berechtigten Einsatzes für die unmittelbaren Interessen der eigenen Klientel – verloren.

Und tatsächlich gibt es immer mehr Menschen, die das nicht mit Sicherheit wissen, wo überhaupt ihr **Mittendrin** am nächsten 1. sein wird. Dazu gehören die internationalen Seeleute, die für kurze oder unbekannt lange Zeit im Bremer Hafen Station machen (müssen). (P. H. Proske, S.12) Ebenso auch die LeiharbeiterInnen. Wie unsicher ihre berufliche Existenz ist, zeigte sich im vergangenen Jahr nur allzu deutlich (S. Nickel, S.14), als

viele von ihnen ihren Arbeitsplatz „krisenbedingt“ verloren. Da ist der Abstand von „Mittendrin“ an den Rand nicht sehr groß. Und leicht kann man den Abtrag für das Haus nicht mehr aufbringen und muss mit der Familie in ein billigeres Quartier ziehen (Borchers, S.4).

In einigen Stadtteilen wird inzwischen viel unternommen, um den Menschen mit wenig Einkommen und wenig Bildung doch eine Beteiligung an Gesellschaft zu ermöglichen und den Kindern größere Chancen zu eröffnen. Ob das aber zukünftig mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sein wird, darf angesichts immer engerer kommunaler Mittel bezweifelt werden. Das befürchtet selbst der Bürgermeister (Böhrnsen, S.8) und verweist auf bevorstehenden Geldsegen für die „Privilegierten in gesichertem Wohlstand“ (T. Schwarzer, S.6). Durch diese angekündigten steuerlichen Maßnahmen ebenso wie durch die diffamierenden Begleittiraden wird wohl die Kluft zu den mittleren und unteren Einkommensgruppen noch größer. Der Anschluss einiger gesellschaftlicher Gruppen an die durchschnittlichen Lebensverhältnisse wird immer unwahrscheinlicher und damit auch der soziale Charakter unserer Stadt.

Fragen Sie sich vielleicht auch, was es angesichts dieser Fakten und Aussichten mit einem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut

und sozialer Ausgrenzung auf sich haben kann? – Hier in Bremen...

Wir wollen Sie jedoch mit dieser Zeitung nicht in die sozialpolitische Depression schicken, sondern im Gegenteil mit den vielfältigen Beiträgen dazu ermuntern, weiter zu machen mit Ihrem sozialpolitischen Interesse. Vielleicht können Sie auch noch etwas Neues unternehmen: Mit den Nachbarn darüber reden oder in die Kirchengemeinde gehen und mit anderen zusammen ein neues Projekt entwickeln. So wie es Zia Hüttinger getan hat. Sie sehen sie auf dem Titelbild mit den Menschen, mit denen zusammen sie mehrmals in der Woche in der St. Jacobi Gemeinde in der Bremer Neustadt Suppen kocht, die anschließend in der Innenstadt ausgeteilt werden. Hier können Menschen mit wenig Einkommen und ohne eigene Küche soziales Miteinander hautnah erfahren.

SIE könnten auch das Gerede von dem „überflüssigen 2. Arbeitsmarkt“ und den „faulen Hartz IV EmpfängerInnen“ nicht mitmachen. Das wäre doch schon mal was!

I. Danielzick

Titelfoto:
Die Bremer
„Suppenengel“.
Gründerin Zia Hüttinger
(mit Schüssel) wurde
zur Frau des Jahres
2010 gewählt.



Die Autoren und Autorinnen in diesem Heft:



Kay Borchers
Quartiersmanagement Huckelriede,
angestellt beim AfsD
Dipl. Psychologe



Thomas Schwarzer
Referent für kommunale Sozialpolitik
bei der Arbeitnehmerkammer
Bremen
Politikwissenschaftler



Jens Böhrnsen
Bürgermeister und Präsident des
Senats
Studium der Rechtswissenschaften



Heike Proske
Generalsekretärin der Deutschen
Seemannsmission e.V.
Pastorin



Susanne Nickel
seit 2008 Gewerkschaftssekretärin
bei der IG Metall in Bremen
Ansprechpartnerin für die Beschäftigten,
Betriebsräte und Geschäftsführungen
u.a. der Automobilzulieferbranche.
gelernte Industrieelektronikerin,
Sozial- und Kinowissenschaftlerin

Inhaltsverzeichnis

S. 4-5
„Huckelriede – Ortsteil der
Gegensätze!“

S. 6-7
„Das sozialräumliche Gefüge
der Bremer Stadtgesellschaft“

S. 8-9
„Die soziale Spaltung der Stadt“

S. 10-11
„Wahlbeteiligung, Teilhabechancen
und Integration in den Stadtteilen?
Der KDA fragt nach...“

S. 12-13
„Seeleute im sozialen Abseits“

S. 14-15
„Die ökonomische Krise in den
Betrieben hat viele Gesichter“

Die Fotos in dieser Ausgabe
wurden dankenswerterweise von
den Initiativen und den AutorInnen
bereitgestellt.



Flexible
Beratung
zur Berufs-
orientie-
rung im
RAZ-Mobil

Die soziale Spaltung der Stadt ist mittlerweile mehr, als nur ein weit entfernt liegendes akademisches Thema. Sie geht uns alle an.

Dies belegen nicht nur die kleinräumigen Sozialdaten unseres Stadtmonitorings, sondern auch die sehr plastischen Eindrücke, die man vor Ort in unseren Bremer Stadtteilen gewinnen kann. Der Zustand von Häusern, Wohnungen und öffentlichen Flächen in unserer Nachbarschaft kann hierfür ein erster Indikator sein.

Abkopplung der Teilhabechancen

Es sind offensichtlich nicht mehr „nur“ abgegrenzte, bestimmte Ortsteile, die von einer positiven Entwicklung abgekoppelt sind und deren Menschen sich zum Beispiel in Bildungsstand, Einkommen und sozialer Absicherung von der Reststadt unterscheiden. Unsere unmittelbaren Nachbarn haben oftmals sehr unterschiedliche Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten. Nachbarn ohne gemeinsame Sprache, berufliche Orientierung und gesellschaftliche Chancen gehen uns alle an, wenn nicht heute, dann doch ganz sicher morgen, denn diese Perspektivlosigkeit wirkt sich aus.

Förderprogramme

Mit dem bremischen Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN)* sowie den Programmen „Soziale Stadt“ und „Lokales Ka-

HUCKELRIEDE – Ortsteil der Gegensätze!?

von Kay Borchers

pital für Soziale Zwecke“ versucht die Bremer Verwaltung seit über 10 Jahren erfolgreich, in „Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf“ Wohn- und Lebensverhältnisse zu verbessern und deren Bewohnerinnen und Bewohnern eine gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung zu ermöglichen. („Googeln“ Sie doch mal!)

Huckelriede – ein gespaltener Ortsteil

2009 ist das Gebiet Huckelriede in die oben genannten Programme aufgenommen worden. In innenstadtnahen, hoch attraktiven neuen Wohngebieten mit Blick auf den Werdersee leben gut ausgebildete, berufstätige Menschen mit gut versorgten Kindern neben Quartieren mit einem hohen Zuwandereranteil, in denen Spracherwerb, gesellschaftliche und berufliche Orientierung dringend notwendig und zu fördern ist. Die soziale Spaltung der Stadt ist hier praktisch greifbar. Diese heterogenen Bereiche sind oftmals nur getrennt durch eine Straße oder einen schmalen Grünzug. Die Chancenungleichheit ist offensichtlich.

Dies ist aber nicht nur die gesellschaftliche Realität im Ortsteil Huckelriede, sondern in vielen weiteren Gebieten der Stadt. Die Bekämpfung dieser Spaltung ist eine besondere Aufgabe der hier zum Einsatz gebrachten Programme.

Beteiligungsmöglichkeiten

Bremen bemüht sich darum, zu einer „Aktiven Bürgerstadt“ (BIAB)** zu werden, dafür werden mittlerweile vielfältige Beteiligungs-Angebote gemacht.

In diesem Sinne wurden bereits im Vorfeld der Programmumsetzung in Huckelriede erstmals Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichsten Schichten schon vor dem Einsatz von sozialen und baulichen Stadtentwicklungsprogrammen an den Planungen beteiligt. In einem dreitägigen Verfahren wurden aus verschiedenen Ämtern und Behörden gebietsbezogene Überlegungen und konkrete Planungen vorgestellt. Hiernach haben Bewohnerinnen und Bewohner des Programmgebiets ihre Kenntnisse und Vorschläge in die Arbeit von zwei parallelen „Planungszellen“ eingebracht. Diese Bewohnerwünsche sind in Form eines „Bürgergutachtens“ zusammengefasst und den beteiligten Ressorts zur Verfügung gestellt worden, um dadurch Projekte der Sanierung und sozialen Stadtentwicklung verbessern zu können.

Jenseits eines allgegenwärtigen Finanzierungsvorbehalts sind von Bürgerinnen und Bürgern qualifizierte und detaillierte Vorschläge gemacht worden. Trotz eines umfangreichen und sicherlich auch anstrengenden Arbeitspensums sind die Rückmeldungen der

Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr positiv und das Verfahren hat deutlich „Lust auf mehr“ Beteiligung gemacht. Die Appelle an bürgerschaftliche Engagement und der Aufruf zur Mitgestaltung und Mitverantwortung sind hier offensichtlich nicht ungehört verhallt, sondern auf fruchtbaren Boden gefallen.

Eine rege Teilnahme von Bewohnerinnen und Bewohnern und lokalen Akteuren an Foren und Arbeitskreisen beweist dies aktuell.

Praktische Umsetzungen und Überlegungen

Aus diesem Verfahren sind bereits erste Projekte entstanden, die nun umgesetzt werden.

Lokale Gewerbebetriebe beteiligen sich an der sozialen Stadtteilentwicklung mit einer Praktikumsbörse, die Jugendlichen erste Berufserfahrungen ermöglichen soll. Daneben nimmt die türkische Gemeinde ihre Verantwortung wahr und bietet als Projektträger umfangreiche Nachhilfeangebote für Schülerinnen und Schüler an. Nicht zuletzt Elternvereine nutzen die Gestaltungsspielräume der Programmmittel und initiieren Spielplatzgestaltungen und zusätzliche Betreuungs- und Lernangebote.

Warum sollen nicht zukünftig Deutschkurse in der Kita für Mütter aus Migrantenfamilien stattfinden? Ein Sportverein, der das Potential seiner zugewanderten Mitglieder entdeckt, könnte deren Kompetenzen für Trainertätigkeiten erweitern und ihnen so die Möglichkeit eines Nebenerwerbs geben und selbst neue Übungsleiter gewinnen.

Die Ideenliste ist bunt und fast beliebig zu verlängern. Im Ortsteil werden diese Projekte breit unterstützt, im Konsens beschlossen und aus den Programm-Fonds gefördert. Das bürgerschaftliche Engagement ist in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren ganz offensichtlich sehr viel „gestaltungskräftiger“, als wir es in den zurückliegenden Jahren vermutet haben... ▣



* WiN = Wohnen in Nachbarschaften

WiN steht für Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen. Es gibt die öffentlichen Stadtteilgruppensitzungen, in denen Projekte vorgestellt, beraten und entschieden werden. An der Umsetzung der Projekte arbeiten Bürgerinnen und Bürger aktiv mit.

** BIAB = Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt

Die BIAB ist ein Zusammenschluss von Organisationen und Behörden, zu deren Aufgaben die Förderung der Idee einer Aktiven Bürgerstadt gehört. Die BIAB setzt sich folgende Aufgaben:

- Informations- und Erfahrungsaustausch in Bezug auf Ideen, Planungen, Projekte der einzelnen Beteiligten zur aktiven Bürgerstadt sowie deren Verbreitung
- Entwicklung und Verabredung gemeinsamer Projekte, Veranstaltungen usw.
- Bereitstellung von Hilfsmitteln zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements
- Lobby für die Idee der Bürgerstadt Bremen durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement bei allen Entscheidungen, die das städtische Gemeinwohl betreffen
- Partner für Politik und Verwaltung, soweit deren Handeln auf dem Weg zur Bürgerstadt gefragt ist

Weitere Informationen:
www.buergerstiftung-bremen.de

Flexible Beratung zur
Berufsorientierung im
RAZ-Mobil



Internationales Frühstückstreffen im Haus der Zukunft.

Politische Initiativen zur Bekämpfung von Armut prägt eine charakteristische Ambivalenz, die aktuell gerade beobachtet werden kann. Wird tatsächlich gegen Armut gekämpft oder gegen die Armen, die weniger Kosten verursachen sollen? Oder zielen politische Debatten über Armut eher auf die wahlstrategisch wichtigen Mittelschichten, die fleißiger arbeiten sollen, um nicht in Armut zu geraten?

Aufgaben- und Begriffsklärung

Faktisch geht es um komplexe materielle Verteilungskonflikte und um die Anerkennung von vielfältigen Leistungen für die Gesellschaft. In diesem Zusammenhang wird von der Bremer Stadtpolitik erwartet, dass sie dazu beiträgt, dass Reiche nicht zu reich und Arme nicht zu arm werden. Doch das ist leichter gesagt als getan und mit welchem Maßstab soll das beurteilt werden? Es fängt schon bei der Sprache und den verwendeten Begriffen an. Spricht die EU-Kommission von Armut und Ausgrenzung, reden Stadtpolitik und Stadtverwaltung über Teilhabe und Zusammenhalt oder bestenfalls über die soziale Spaltung der Stadt. Doch wo verläuft in Bremen dieser soziale Spalt? Für diese Frage bietet der Bremer Armuts- und Reichtumsbericht 2009 erste, wenn auch relativ allgemeine Anhaltspunkte.

„Schichtung(en)“

Bremen lässt sich als Dreivertelgesellschaft beschreiben. Eine

DAS SOZIALRÄUMLICHE GEFÜGE DER BREMER STADTGESELLSCHAFT

Einkommensspreizung „Oben“ – materielle Erosion „Unten“

von Thomas Schwarzer

Minderheit (25%) unterschichtet die breite „Mitte“ (60%), von der sich eine weitere Minderheit (15%) nach „Oben“ abgrenzen lässt. Die in Tabelle 1 dargestellte Schichtung beruht jedoch auf der sozialräumlichen Lage der Bewohnerschaft in den verschiedenen Bremer Ortsteilen. Faktisch sind die Ortsteile durch eine Mischung unterschiedlicher lokaler Milieus geprägt. Erst durch die statistische Berechnung entstehen durchschnittliche Wohlstands- oder Armutslagen. Werden diese unterschiedlich umfangreichen Armut- und Wohlstandslagen innerhalb der einzelnen Ortsteile berücksichtigt, entsteht ein anderes Bild.

(1) Die Zone des privilegierten und gesicherten Wohlstands charakterisiert vor allem ihr großer Abstand zum Durchschnitt der mittleren Einkommensgruppen. Dadurch ist diese Zone durch den insgesamt tiefsten und weiter wachsenden Spalt gegenüber der restlichen Stadtgesellschaft gekennzeichnet. Diese Kluft innerhalb der Stadtgesellschaft beruht auf der starken Spreizung der Einkommen in den obersten Einkommensgruppen.

(2) Im Vergleich zu dieser „Spreizung nach Oben“ liegen die durchschnittlichen Einkommen in der Zone des gesicherten und des bescheidenen Wohlstands dichter beieinander. Die mittleren Einkommensgruppen sind im Vergleich zu den oberen quasi „gestaucht“. Eine wirklich scharfe Abgrenzung dieser mittleren Wohlstandszone gegenü-

ber der Zone des prekären Wohlstands und der Armut ist aufgrund der sozial gemischten Lebenslagen in vielen Ortsteilen kaum möglich. Es handelt sich vielmehr um „feine“ Abstufungen des Einkommens, zwischen unbefristeter oder befristeter Beschäftigung, der Wohn- und Familiensituation und der Tragfähigkeit sozialer Netze. Erst im zeitlichen Verlauf lässt sich ermitteln, ob einzelne Gruppen in bestimmten Ortsteilen in Armutslagen abrutschen oder verharren – oder sich nach prekären Übergangsphasen wieder in bescheidenem Wohlstand stabilisieren. Derartige Entwicklungen können durch eine einmalige Bestandsaufnahme nicht analysiert werden.

Aus der sozialräumlichen Perspektive der Ortsteile, lebt etwa die Hälfte der Bewohner/innen in relativ gesichertem Wohlstand. Trotzdem gibt es hier Abstiegsängste. Die andere Hälfte der Bremer/innen kennt hingegen Phasen unsicherer Einkommens- und Arbeitsverhältnisse, der Arbeitslosigkeit oder der Armut aus eigener Erfahrung. Diese soziale Trennlinie zwischen relativ gesicherten und unsicheren Lebensverhältnissen ist statistisch aber kaum exakt zu bestimmen und verläuft entsprechend diffus mitten durch die Stadt.

(3) Wird von der sozialen Spaltung der Stadt gesprochen, ist damit nicht allein der wachsende Abstand zwischen hohen und niedrigen Einkommen gemeint (Spreizung). Die soziale Spaltung spitzt

sich in vielen Großstädten zu, weil bestimmte soziale Gruppen den Anschluss an die durchschnittlichen Lebensverhältnisse verlieren. Der Abstand zu diesem Durchschnitt wird anhand der Haushaltsnettoeinkommen errechnet. Liegen diese unterhalb von 60% der durchschnittlichen Einkommen, besteht Einkommensarmut. Die Ursache dafür liegt jedoch nicht allein in einem derart geringen Einkommen. Ausgangspunkte sind häufig kein ausreichender Schul- oder Ausbildungsabschluss, nicht nachgefragte Qualifikationen, Verantwortung für Kinder, fehlende Sprachkenntnisse, eine Krankheit oder Krisensituation. Kommen mehrere dieser Merkmale zusammen, steigt das Armutsrisiko massiv. Solche verknüpften Informationen zu einzelnen Personen oder Haushalten liegen aufgrund umfassender Befragungen aber lediglich für die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung vor.

Fehlende Fakten und Diskussionsbedarf

Für die Stadt Bremen ist deshalb weder die genaue Zahl der (Einkommens-) Armen bekannt, noch die Personengruppe, die tatsächlich den Anschluss (dauerhaft) verloren hat oder zu verlieren droht. Nicht

Tabelle 1: Sozialräumliche Lagen in der Stadt Bremen 2009

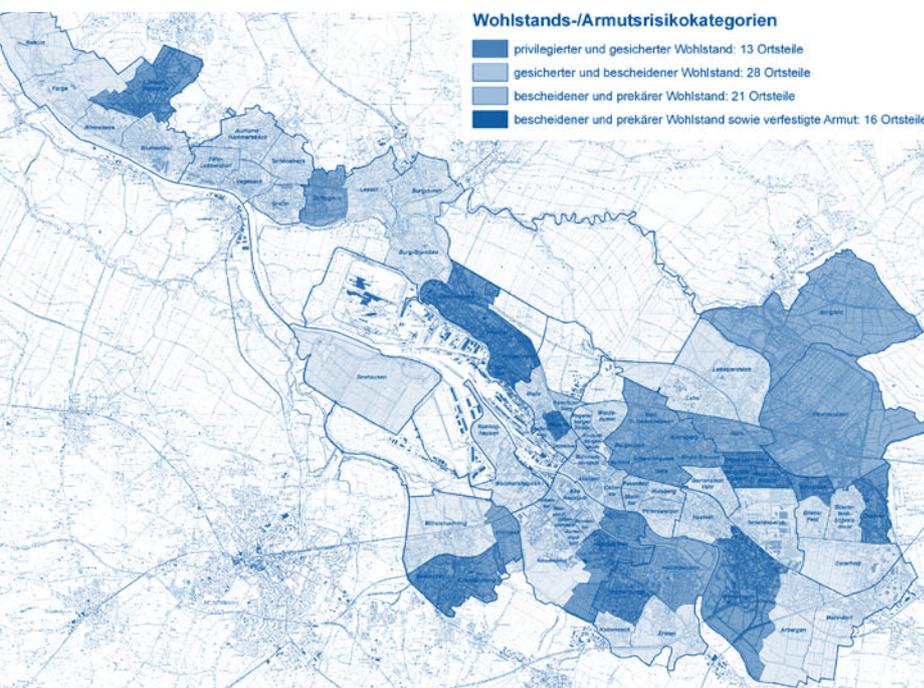
Einwohner	Prozent	Soziale Lage in den Ortsteilen
80.000	15%	Privilegierter & gesicherter Wohlstand
181.000	33%	Gesicherter & bescheidener Wohlstand
148.000	27%	Bescheidener & prekärer Wohlstand
136.000	25%	Bescheidener & prekärer Wohlstand & Armut
545.000	100%	Insgesamt

berücksichtigt wird außerdem die große Zahl der verdeckt Armen, die im Zuge der Hartz-IV-Reformen nur zum Teil vermindert werden konnte. Ein sehr großer Personenkreis ohne eigene Bezüge oder mit geringem Einkommen beantragt weiterhin nicht die ihm rechtlich zustehenden finanziellen Unterstützungsleistungen. Nach empirischen Erkenntnissen der Armutsforschung ist das Bewahren der finanziellen Eigenständigkeit ein Charakteristikum der großen Mehrheit gegenüber der kleinen Minderheit, die sich mit Hartz-VI „einrichtet“. Letzteres ist außerdem in erster Linie dem Fehlen passender Arbeitsplätze geschuldet sowie Niedriglöhnen, die wenig Anreiz bieten, da sie nicht aus materieller Armut führen. Die amtliche Statistik spiegelt jedenfalls bei Weitem nicht das gesamte Ausmaß der Bedürftigkeit wider (Becker 2007).

Das gilt auch für die Stadt Bremen.

Die amtliche Statistik gibt lediglich Auskunft über die Zahl der Personen, die Transferleistungen beziehen. Das sind seit 2005 mit geringen Schwankungen ca. 75.000 Leistungsempfänger/innen (SGB II), darunter ca. 21.000 Kinder unter 15 Jahren, die Sozialgeld benötigen. Gemeinsam mit den ca. 23.000 Leistungsempfänger/innen in Bremerhaven (SGB II), darunter ca. 6.000 Kinder unter 15 Jahren, die Sozialgeld benötigen, sind das insgesamt ca. 98.000 Personen. Ein Armutsrisiko besteht laut Armuts- und Reichtumsbericht jedoch für ca. 129.000 bis 179.000 Bremer/innen (19,4%-27%). Bei dieser geschätzten Armutsrisikoquote werden unter anderem auch die annähernd 60.000 überschuldeten Personen in etwa 30.000 Haushalten berücksichtigt. Angesichts der sich ausbreitenden Krise dürfte sich die Zahl der Personen, die bereits jetzt unter oder nahe der Armuts- grenze leben, durch die materielle Erosion nach „Unten“ noch weiter verschärfen.

Eine gute Chance dieser Dynamik zu begegnen ist das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Der Auftrag an die Politik ist ganz eindeutig. In einem transparenten und sachgerechten Verfahren müssen realitätsgerecht bis Ende 2010 Mindeststandards definiert werden: Zur Sicherung der physischen Existenz, sowie zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben und zwar anhand des Maßstabes der Menschenwürde. Wie solche menschenwürdigen Mindeststandards ausgestaltet werden könnten, sollte im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung möglichst bald öffentlich diskutiert werden. ■





Die dies-jährigen Preisträger und Laudatoren der AuZ-Trommel (näheres s. Kasten)

Nicht ohne Grund ist 2010 das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Bei dieser Kampagne geht es vor allem darum, das Bewusstsein für Armut und soziale Ausgrenzung zu schärfen und die gesellschaftliche Verantwortung in den Fokus zu rücken. Hintergrund ist die zunehmende Armut im europäischen Raum, von der vornehmlich Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund betroffen sind. Eine Entwicklung, die insbesondere die Städte trifft.

Die soziale Spaltung der Stadt ist auch für Bremen und Bremerhaven eines der drängendsten Probleme, dem wir mit unterschiedlichen Instrumentarien versuchen zu begegnen.

Ein wesentliches Ziel bremischer Landespolitik ist es, problematische Stadtteilstrukturen zu verbessern. Dies geschieht bereits seit Jahren erfolgreich mit den Programmen „Soziale Stadt und „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“. Dies sind längerfristige Stadtentwicklungsstrategien, die zu einer Verbesserung der alltäglichen Lebens- und Wohnbedingungen beitragen sollen.

Stadtteolförderung

Zielsetzung beider Programme ist die Annäherung der geförderten Quartiere an die Lebensverhältnisse

SOZIALE SPALTUNG DER STADT

von Jens Böhrnsen

anderer Stadtteile. Wir haben mit den WIN-Programmen von 2007 bis 2009 über 110 Projekte auf Stadtteilebene durchgeführt. Ich meine, damit können wir uns sehen lassen. Ein wichtiger Baustein sind die in sozialen Brennpunkten entstehenden Quartierszentren. Sie sind dazu geeignet, einen attraktiven Anlaufpunkt im Stadtteil zu bilden. Die unterschiedlichen Einrichtungen rücken enger zusammen und bieten gemeinsam Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger an.

Förderung der Kleinsten

Ein wichtiger Schlüssel für die Überwindung sozialer Spaltung liegt in der Bildungspolitik, in einer frühzeitigen und individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Investitionen in Kindergärten und Schulen sind unverzichtbar, wenn wir Kindern ein kindgerechtes Leben und eine Zukunftsperspektive ermöglichen wollen. Wir setzen auf eine Förderung von klein auf. Wir haben das Angebot für Eltern und Kinder deutlich ausbauen können. In den Bremer Kindergärten werden in diesem Jahr insgesamt über 13.000 Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren betreut und gefördert. Fast 9.000 dieser Kinder (ca. 70 Prozent) sind täglich 6 Stunden und mehr in ihrer Kita.

Für Grundschulkindern gibt es in den Horten 3.200 Plätze. Zusammen mit den Ganztagschulen werden

so in Bremen circa 40 Prozent der Grundschulkindern auch nachmittags betreut.

Mit dem Angebot eines kostenlosen Mittagessens in den Bremer Kitas unterstützen wir einkommensschwache Familien, verlängern die Betreuungszeiten und fördern die gesundheitliche Entwicklung der Kinder. Auch die Ferienbetreuung

Trommelverleihung

Am 1. März verlieh der Verein Arbeit und Zukunft das 9. Mal die Trommel im Rathaus.

Preisträger war das Projekt „Sprungbrett“ der Hohehorst gGmbH für beruflichen Einstieg, Qualifizierung und Integration Langzeitarbeitsloser, besonders unter 25-jähriger.

Außerdem Jub Mönster, für seine künstlerische Arbeit mit Langzeitarbeitslosen im Projekt „Baukunst“ der ProJob gGmbH.

Näheres unter:
www.az-bremen.de

Trommelspiel(er)
während der
Verleihung im
Rathaus

ist jetzt fest in den Einrichtungen verankert.

Natürlich muss weiterhin mit aller Kraft daran gearbeitet werden, dass sich die Bedingungen für die Menschen in den sozial problematischen Stadtteilen verbessern. Der Senat wird nicht nachlassen, mit politischer Schwerpunktsetzung für bestimmte Stadtteile und Bevölkerungsgruppen gegen Benachteiligung und Ausgrenzung zu kämpfen.

Finanzielle Situation

Investitionen in die Zukunft, in den sozialen Ausgleich, in die Zukunft unserer Kinder müssen finanziert werden. Die bittere Wahrheit ist: Der finanzielle Spielraum schwindet immer mehr, welcher den Gemeinden angesichts gesetzlicher Aufgaben und sinkender Steuereinnahmen noch bleibt, um die Stadt lebenswert zu erhalten und die Spaltung der Stadt aufzuhalten.

Nicht zu Unrecht hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund für die Mindereinnahmen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Höhe von 1,6 Milliarden Euro jährlich eine Kompensation für Städte und Gemeinden gefordert. Die kommunalen Haushalte sind allerorten komplett überfordert, die deutschen Städte sind an den Grenzen ihrer Einsparmöglichkeiten angekommen.

Bremen leidet aktuell, wie alle anderen Länder und Kommunen, unter den Einnahmerückgängen, die wir wegen der Wirtschaftskrise zu verkraften haben. Unsere Einnahmen sind 2009 dramatisch eingebrochen: Von 3,67 Milliarden Euro auf 3,34 Milliarden – ein Minus von fast zehn Prozent. Die eigenen Steuereinnahmen sind um 10,4 Prozent, der Länderfinanzausgleich um 16,5 Prozent und die Bundesergänzungszuweisungen um 13,6 Prozent zurückgegangen. Unter

solchen Bedingungen ist es skandalös, wenn die Bundesregierung weitere Steuersenkungen plant.

Sollte die Regierung mit ihren weitergehenden Steuersenkungsplänen ernst machen, bedeutet das für Bremen jährliche Mindereinnahmen von 160 Millionen Euro. Das ist rund die Hälfte der Summe, die wir von Bund und Ländern als Sanierungshilfen pro Jahr erhalten sollen, um 2020 einen schuldenfreien Haushalt vorlegen zu können. Hieran zeigt sich: Die Schuldenbremse im Grundgesetz und Steuersenkungspläne zulasten der Länder ist die Quadratur des Kreises. Für mich folgt daraus ganz klar: Die Bundesregierung muss Abstand nehmen von den weiteren Steuersenkungen der schwarz-gelben Koalition. Es ist unvereinbar, die Schuldenbremse einzuhalten und gleichzeitig die Einnahmeverluste durch die Steuerpolitik zu kompensieren. ▣



Was für ein Glück, dass wir alle heute hier sitzen können.

Was für ein Glück, dass wir Eltern hatten, die uns in unserer Jugend aufgefangen haben.

Glück – Dass wir eine Schule besucht haben, die uns begleitet hat.

Glück – Dass wir eine Beschäftigung gefunden haben, die uns in dieser Gesellschaft Anerkennung und Sicherheit gibt.

Was für ein Glück – dass wir kein Pech hatten!

Welch ein Pech – wenn die eigenen Eltern nicht so stabil waren.

Pech – wenn die Schule zu schwer war.

Pech – wenn man nicht so stark und stabil durch das Leben gehen kann.

Welch ein Pech – wenn man kein Glück hatte!

Es geht ein Ruck – ein gelber Ruck durch diese Gesellschaft.

Ein Ruck – der die Kluft zwischen Armen und Reichen größer werden lässt.

Ein Ruck – der auf den Schultern der Schwachen ausgetragen wird.

Ein Ruck, der die Schwachen unserer Gesellschaft als Faule und Schmarotzer darstellt.

Es geht ein gelber Ruck durch dieses Land.

Bürgergeld, Kopfgeldpauschale, Harz 3, Harz 4, Welle 5.

Hinter all diesen Schlagzeilen stehen Menschen, Menschen und Menschen.

Eine Gesellschaft, die die sozialschwachen Menschen aus dem Blickwinkel verliert und nur nach oben schaut verliert sich in sich selbst.

Lasst uns deshalb alle hell wach bleiben und nie vergessen, dass es für Pech keine Schuld gibt!

Andreas Griebe, Projektleiter bei „Sprungbrett“

WAHLBETEILIGUNG, TEILHABECHANCEN UND INTEGRATION IN DEN STADTTEILEN?

Der KDA fragt nach...

Immer wieder ist von unterschiedlichen Bedingungen in einzelnen Stadtteilen die Rede, von Ghettoisierung, sozialer Entmischung und Segregationstendenzen. Wie sehen dies die Verantwortlichen vor Ort? Und welche unterschiedlichen Bedarfe gibt es in den Stadtteilen?

In Form einer nicht ganz repräsentativen Umfrage wurden die Ortsamtsleitenden aller Stadtteile befragt. Dies sind die Aussagen derjenigen, die geantwortet haben:

Schwachhausen/Vahr

Osterholz

Borgfeld

Was wäre Ihrer Meinung nach wichtig für die Menschen in

Die politischen Parteien müssten den WählerInnen den Eindruck vermitteln, dass ihre Wünsche ernst genommen werden, insbesondere müssen Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden.

Um eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen, ist es sicherlich auch erforderlich, allen Menschen zu zeigen, dass sie in der Gesellschaft benötigt werden. Hierzu ist sicherlich ein Maßnahmenbündel notwendig. Zusätzlich müssen sich Menschen in den Quartieren als Teil des Ganzen fühlen und noch mehr Verantwortung für sich und ihre Nachbarn übernehmen

Bei einer Wahlbeteiligung von 87,42% in den Wahlbezirken von Borgfeld ist eine Steigerung kaum noch möglich. Dies ist dem Beirat Borgfelds und den Ortsgruppen der Parteien zu verdanken, die sich sehr aktiv um die Wähler bemühen.

Welche Änderungen in den sozialen Strukturen würden den

In Schwachhausen werden bessere Betreuungsmöglichkeiten für Alleinerziehende benötigt, in der Vahr sollten mehr Sprachkurse für Zuwanderer – bereits ab dem Kindergartenalter –, Qualifizierungsmöglichkeiten für Ausbildung und Beruf, sowie Beschäftigungsangebote bereitgehalten werden.

Ansätze wie WiN-/soziale Stadt, aber auch Stadtteilglobalmittel, sind notwendig, um die Arbeit in den Quartieren zu unterstützen. Die Ressourcen in den Stadtteilen müssen noch besser abgestimmt werden. Wichtig ist auch, dass die Menschen aus anderen Stadtteilen sich für die Quartiere, wie Osterholz, Huchting, Lüssum, mit verantwortlich fühlen und nicht nur der Auffassung sind, dass es ausreicht Steuern zu zahlen.

Die sozialen Strukturen in Borgfeld sind Dank des aktiven Vereinslebens und deren Angebote sehr umfangreich und geben jedem Bürger die Möglichkeit sich nach seinen Wünschen und Neigungen daran zu beteiligen.

Durch welche Maßnahmen würde sich die

Freizeit- und Kulturelle Angebote für sozial benachteiligte BewohnerInnen.

Neben den Ressourcen, Projekten und Institutionen, wie Mütterzentrum, Jugendeinrichtungen, ausreichend Kindergärten und Schulen, ist es wichtig, eine neue innere Einstellung bei den Bürgern zu erreichen, eine Art Gesamtverantwortung.

Verbessern kann man immer etwas. Wir brauchen u.a. ein größeres Angebot an Kindergartenplätzen und Betreuungsplätze für unter 3-jährige sowie die Verbesserung unserer Infrastruktur für die Sportvereine.

Durchführung der Umfrage durch Antje Eilers, Sozialwissenschaftlerin und als Referentin im KDA verantwortliche Redakteurin für die „Mittendrin am Rande“.



Oberneuland

Neustadt/Woltmershausen

West

Ihrem Stadtteil, damit die Wahlbeteiligung wieder steigt?

Eine glaubhaftige und nachhaltig umgesetzte Politik, in der sich die Wähler wiederfinden.

Bürgerbeteiligung verbessern.

Die Lösung ist schlicht und gleichzeitig fast unmöglich: Arbeit für alle Arbeitssuchenden, damit die Phase des Selbstwertverlustes und der Perspektivlosigkeit abgelöst wird durch eine Basis für positive Lebensplanung.

Menschen in Ihrem Stadtteil bessere Teilhabechancen ermöglichen?

Wahrnehmung der sozialen Verantwortung in Oberneuland. Es gibt bis heute keinen öffentlichen Kindergarten und Zentren, in denen alte Mitbürger Ansprache und Zuwendung finden. Durch die gegebene geometrische Ortsstruktur bedarf es noch mehr Spielplätze/Bolzplätze.

Entmischung verhindern.

Anreicherung des Stadtteils mit stabileren Strukturen, d.h. Attraktivitätssteigerung, um beispielsweise kaufkraftstarke Familien in den Stadtteil zu holen.

Integration in Ihrem Stadtteil verbessern?

Es besteht mit dem „SASU“ nur eine Jugendinstitution, was wegen der vorgenannten geometrischen Ortsstruktur zu wenig ist. Andere Ortsteile sind da viel besser aufgestellt.

Integrationsangebote ausbauen.

Diese Bemühungen müssen im Kindergarten beginnen – dort wird die Vielfalt der Nationalitäten noch als völlig normal begriffen. Und sie muss sich in den Schulen fortsetzen. Ideal dafür haben sich Projekte erwiesen, in denen unterschiedliche Nationalitäten zusammengeführt werden – ein mitunter mühsamer, aber lohnender und der Lebensrealität des Stadtteils geschuldeter Weg.



Abholung der Seeleute durch die Bremer Seemannsmission zum Einkaufen.

Mittendrin im Leben – am Rande der Gesellschaft! International bei der Arbeit unterwegs – sozial in der Heimat ins Abseits gestellt! Das ist die Situation vieler Seeleute.

Lebensbedingungen von Seeleuten

Bremen, Hansestadt, Hafenstadt – was wissen Sie über den Alltag eines Seefahrers, wenn Sie nicht gerade einen in der Familie haben?

Seeleute sind diejenigen, die das von uns häufig benutzte Wort „Globalisierung“ in die Tat umsetzen und jeden Tag darin leben. Ihre Lebensbedingungen sind allerdings total auseinandergerissen. Sie werden zwischen den Vereinfachungen und Beschwernissen des Alltags hin und her gerissen. Seeleute verlassen ihre Familie, ihr Zuhause, ihren Sprachraum, ihre Zeitzone, ihre Zeitstruktur; ja, Seeleute verlassen mit dem Seesack auf den Schultern ihren Lebensrhythmus.

Sie steigen ein auf ein Schiff, das sie nur selten zuvor gesehen und betreten haben, arbeiten zusammen mit Menschen, von denen sie im besten Fall den Einen oder Anderen bereits kennen. Sie kommunizieren in einer Sprache, die für kaum jemanden die Muttersprache ist – aber von jetzt auf gleich müssen diese sich unbekanntem Personen auf unbekanntem, schwankendem Boden in fremder Sprache

SEELEUTE IM SOZIALEN ABSEITS – Seemannsmission tritt für die Würde von Seeleuten ein

von Heike Proske

verstehen, und das: ohne Fehler! Denn Fehler oder Missverständnisse in der Kommunikation bringen auf einem Schiff direkt Gefahr – Lebensgefahr!

Soziales Arbeitsfeld: Schiff

Auf dem Schiff, bei der Arbeit, leben und erleben Seeleute, was Gemeinschaft und Globalisierung bedeuten. „Wir sind aufeinander angewiesen“, das wissen sie. Trotzdem klappt es ganz ohne Konflikte nicht immer. Die Enge an Bord, die Belastung durch Abschiede und Kulturunterschiede und durch Lärm und Stress, durch die eigenen Gefühle und einem fehlenden privaten Austausch an Bord werden immer wieder zur Nervenprobe – das ist aber Normalität an Bord.

Der soziale Kontakt im eingeschränkten Lebens- und Arbeitsfeld „Schiff“ ist Glückssache.

zu Hause...

Dann an Land, zu Hause, von dem ein jeder Seemann träumt und wonach sich ein jeder an Bord sehnt, ist leider auch nicht alles Gold was glänzt. Denn die Familie funktioniert in ihrem Alltag, wie sie muss, egal ob der Seemann zu Hause ist oder auf See. Früh aufstehen, weil die Kinder zur Schule müssen. Schon ist die Ruhe dahin: Die Küche muss in der kurzen Zeit zwischen den Fahrten auf See renoviert werden, beim Zahnarzt

war der Seemann auch schon länger nicht mehr. Dies und jenes wartet bereits lange darauf erledigt zu werden, und ehe die Familie sich versieht, ist schon wieder Abschied nehmen angesagt: Und schon wieder ist der Zoobesuch mit den Kindern nicht geschafft, das gemeinsame Abendessen mit früher befreundeten Ehepaaren ist nicht zustande gekommen und Gespräche mit der Frau über gemeinsame Zukunftsplanungen haben keinen Platz gefunden.

Zerrissenheit

Wie lange kann dieses Leben im Abseits, ohne soziale Kontakte, ohne Regelmäßigkeit noch weitergehen? Was passiert, wenn der Seemann seinen Beruf an den Nagel hängt? Welche Chancen hat er, sich beruflich an Land wieder einzugliedern? Wenn das Haus noch nicht abbezahlt ist, jeder Blick in die Zukunft durch Fragezeichen vernebelt ist?

Auflieger – auch ein bremisches Problem

Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise besteht ein weiteres Problem in dem Arbeitsfeld Seefahrt: die sogenannten Aufliegerschiffe. Dies sind Schiffe, die augenblicklich keine Ladung haben, aber dringend auf Ladung warten. 548 Containerschiffe, 11,6 Prozent der gesamten Containerflotte weltweit, waren Ende 2009 ohne Beschäf-

tigung. Zahlen von Aufliegern in deutschen Häfen sind nur schwer zu erhalten. Allerdings: wenn Schiffe auf Ladung warten, dann sind Menschen an Bord. Und wenn Menschen an Bord sind, dann wird die Deutsche Seemannsmission (DSM) aktiv. Die Mitarbeitenden kümmern sich um die Besatzungen.

Von den DSM-Mitarbeitenden sind dann auch einige Zahlen konkret aus den deutschen Häfen zu erfahren. So lagen in Hamburg Ende Oktober noch 14 Schiffe auf, Mitte des Jahres waren es mehr. In Bremen sind es zurzeit noch fünf. Sie haben kleine Besatzungen, für die es bei allen Aufgaben und Pflichten nicht einfach ist an Land zu kommen. Kontakte zwischen Bordbesuchern und Besatzungen kommen fast nur über kurze Telefonate zustande.

Unterstützung an Land

Die Mitarbeitenden der Seemannsmission begleiten die Besatzungen an Bord. Die Crews werden je nach Möglichkeit regelmäßig besucht und erhalten die notwendigsten Dinge. Nach Absprache werden Besuche an Land, im Seemannsclub oder -heim organisiert. Ausflüge erfordern eine besondere Vorbereitung. Gerade bei kleinen Rest-Crews bedarf es genauer Planung: „Da sind drei Mann Besatzung

an Bord. Einer bleibt an Bord. Er lässt das Boot herunter. Zwei Mann fahren an Land. Einer steigt um in den Seemannsmissions-Shuttle-Bus. Der andere bringt das kleine Boot zurück zum Schiff.“ So lesen wir in der Verbandszeitschrift der deutschen Seemannsmission „lass fallen anker“ 04/2009.

Die Seeleute kommen noch nicht einmal mit den Hafentarifarbeitern ins Gespräch, weil die wenigen Landgänge zeitlich genau durchgeplant werden müssen.

Nicht nur Ausflüge und besondere Veranstaltungen, die Abwechslung in den Alltag der monatelang aufliegenden Schiffsbesatzungen bringen, müssen unter solchen Bedingungen organisiert werden. Auch Arztbesuche, der Gang zum Frisör, zum Amt und zum Einkaufen werden zum zeitlichen Kraftakt.

Diese Seeleute leben über Monate in der gleichen Stadt mit uns, sind aber sozial abgespalten. Sie können nicht an Angeboten in der Stadt teilnehmen, sehen den Weihnachtsmarkt nicht aus der Nähe und dürfen sich noch nicht einmal den Traum der gemeinsamen Weihnacht mit der Familie vorstellen, denn: Kommt Ladung – kommt Auslaufen – kommt Geld. Gerade in dieser Zeit haben die Mitarbeitenden der Seemannsmission eine Kleinigkeit für die Kinder besorgt,

Geschenkpapier und Karten mit an Bord gebracht, um dann das fertig gepackte Päckchen wieder mit zur Post zu nehmen. Dies ist der Versuch, die Verbindung zu den Lieben Daheim lebendig bleiben zu lassen

Ängste

Neben den wenigen Kommunikationsmöglichkeiten, dem ständigen Druck des Schiffseigners an Diesel und Lebensmitteln zu sparen, haben sich die großen Sorgen schon längst eingeschlichen: Wenn der Reeder keinen neuen Auftrag bekommt, wartet auf mich die Arbeitslosigkeit. Wenn ein Auftrag kommt, müssen wir jeden annehmen, um Geld einzufahren. Auch Routen durch gefährdete Gebiete werden dann gefahren: an Somalia vorbei – mit der Angst vor Piraterieüberfällen im Nacken.

Wer in solcher Spannung lebt, braucht Austausch und Pflege und Ablenkung. Darum kümmert sich die Deutsche Seemannsmission in 17 Stationen innerhalb Deutschlands und in 16 Häfen weltweit.

„Seemannsmission beginnt mit der Entdeckung, dass Menschen an Bord von Schiffen leben und arbeiten.“

Die Unterstützung der gottgegebenen Würde der Seeleute – support of seafarers' dignity – ist Leitbild und Herausforderung der Deutschen Seemannsmission. Mit unserer konkreten diakonischen Arbeit treten wir für die Würde der Seeleute ein – auf See und an Land! ■



Typische Aufliegersituation im Hafen: Schiffe liegen als „4er Pack“ an der Kaimauer



Teilnehmende des Fachtages „Irreguläre Arbeit im Privathaushalt und ihre Alternativen“ im DGB-Haus

Während des Aufschwungs sind in Bremen fast die Hälfte der neu aufgebauten Stellen mit Leiharbeiter/innen besetzt worden. Mit dem Auftragseinbruch Ende 2008 wurden viele dieser Leiharbeiter/innen „abgemeldet“. Über Nacht oder mit 2-wöchigen Kündigungsfristen standen Menschen, die teilweise jahrelang für ein- und denselben Arbeitgeber gearbeitet hatten, auf der Straße. So beispielsweise bei dem VW-Zulieferer Sulzer Friction Systems in Bremen-Burg: in Spitzenzeiten waren (und sind heute wieder) bis zu zwei Drittel ihrer über 150 Produktionsmitarbeiter über den Verleihbetrieb Felser eingestellt: Weihnachten 2008 waren die Kolleg/innen fast alle gekündigt und in der Folge auf Arbeitslosengeld angewiesen, weil die Verleihfirma ihnen mit dem Wegfall des Einsatzes bei Firma Sulzer gekündigt hatte.

Das Argument der Arbeitsagentur, warum sie Erwerbslose an Leiharbeitsfirmen vermittelt, ist der sogenannte „Klebeffekt“: angeblich würden viele der Leiharbeiter/innen später im Einsatzbetrieb fest eingestellt. Die Krise hat das Gegenteil bewiesen: Leiharbeiter/innen werden (so sie nicht unentbehrliche Spezialist/innen sind) über Jahre unterbezahlt und sind in der Krise schutzlose Manövriermasse.

„In den zwei Jahren als Leiharbeiter auf der Hütte habe ich für Schichtarbeit rund um die Uhr zwi-

DIE ÖKONOMISCHE KRISE IN DEN BETRIEBEN HAT VIELE GESICHTER

von Susanne Nickel

schen 900 und 1000 Euro verdient. Dann kam die Krise, die Hütte hatte keine Arbeit mehr und innerhalb von 2 Wochen waren die meisten von uns arbeitslos. Das erste Jahr mit 600 Euro Arbeitslosengeld war schon hart, aber jetzt mit Hartz 4 - das ist kein Leben.“ (ehemals im Bremer Stahlwerk eingesetzt Leiharbeiter).

Aus Sicht der Arbeitgeber hat sich der massive und langjährige Einsatz von Leiharbeiter/innen statt fester Einstellungen bewährt: *„Sonst hätte ich jetzt mit dem Rückgang der Stückzahlen, die von Daimler abgerufen werden, doch gleich Leute aus dem Stammpersonal entlassen müssen. Und für die Arbeitsplätze dieser 200 festen Mitarbeiter fühle ich mich verantwortlich.“*

Betriebsrät/innen sind erleichtert, dass es ja erstmal „nur“ die Leihleute getroffen hat und nicht „die eigenen“ Festangestellten. Um die Aufgaben, die bei der Entlassung von festen Mitarbeiter/innen anstehen, sind diese auch wirklich nicht zu beneiden: ohne Mitbestimmung über unternehmerische Entscheidungen versuchen sie, die vom Arbeitgeber geplanten Kündigungen zu verhindern oder die Folgen für die entlassenen und verbliebenen Kolleg/innen abzumildern. Auch wenn solche Abwehrkämpfe und die Aufstellung von Kriterien, wer von den Kolleg/innen als Erstes gehen soll, einem als Gewerkschaft-

lerin oder Betriebsrat an die Nieren gehen, gelingt es uns dadurch wenigstens, höhere Abfindungen, längere Kündigungsfristen oder Qualifizierungsmöglichkeiten mit dem Ziel einer Neubeschäftigung für die Entlassenen durchzusetzen – oder im Idealfall Entlassungen zu verhindern.

Aber der Druck geht natürlich über die Gruppe der Leiharbeiter/innen hinaus. Mitarbeiter/innen mit befristeten Verträgen waren häufig die nächsten, denn spätestens seit Beginn der Krise lautet in vielen Konzernen die Ansage: niemand wird mehr fest übernommen.

Kurzarbeit statt Entlassungen

16.206 Menschen waren im Dezember 2009 in Bremen in Kurzarbeit – damit liegt Bremen weit über dem Bundesdurchschnitt. Breite Teile der Belegschaft wurden seit Einbruch der Produktion Ende 2008 tageweise oder auch ganze Monate nach Hause geschickt. Von der Arbeitsagentur erhalten die Betroffenen für die ausgefallenen Arbeitstage Kurzarbeitergeld in Höhe von rund 60% (Alleinstehende) oder 67% (mit Kindern), die Beschäftigten bleiben jedoch angestellt und sind damit wenigstens nicht arbeitslos. In einigen Betrieben ist es Gewerkschaften und Betriebsräten gemeinsam gelungen, vom Arbeitgeber eine Zuzahlung zu diesem Kurzarbeitergeld zu erhalten, so dass die finanziellen Einbußen geringer ausfallen.

„Die Leute sind nach dem ersten Schock durchaus gern in Kurzarbeit gegangen. Bei uns war im letzten Jahr über Monate jeden Freitag frei und wir hatten als Betriebsrat eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch den Arbeitgeber rausverhandelt. So hattest du maximal 40,- Euro monatlich weniger. Klar, bei unserem Entgelt von damals 1890,- Euro brutto, also zwischen 1200 und 1400 netto, brauchst du mit Familie eigentlich jeden Cent. Trotzdem war den Leuten ihre Zeit wichtiger. Die Arbeit an der Linie – wir montieren die Türen für die C-Klasse von Daimler – ist gesundheitlich einfach zu belastend, da genießt du es aus der Mühle raus zu sein.“ (René Monecke, Betriebsrat bei Magna Closures Bremen)

Um die Perspektiven nach der Kurzarbeit zu verbessern wurden spezielle Qualifizierungsangebote entwickelt, die von der Bundesagentur finanziell gefördert oder ganz bezahlt werden. Insbesondere An- und Ungelernte können ihr Erfahrungswissen aus der täglichen Arbeit unter den hohen fachlichen und qualitativen Anforderungen theoretisch unterfüttern und erhalten dafür ein Zertifikat.

Auf der anderen Seite probieren viele Arbeitgeber aus, ob mit der Angst der Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz nicht eine neue Welle der Arbeitsverdichtung durchgesetzt werden kann, mit dem Ziel, dann auch bei wieder anziehender

Konjunktur dauerhaft mit weniger Personal auszukommen.

„Anfang 2009 wurde bei uns überproportional viel Kurzarbeit gemacht: nicht nur um die Auftrags-einbrüche abzufedern, sondern vor allem, um Liquiditätsengpässe im Konzern durch eingesparte Personalkosten zu überbrücken. Die Leute haben mitgezogen und haben intensiver gearbeitet, sind nach Hause gegangen, wenn gerade Mal weniger Arbeit da war, und haben Extra-Stunden geschoben, wann immer es anstand. Und jetzt argumentiert der Arbeitgeber, die hohe Kurzarbeitsquote zeige ja, dass der um 25% zurückgegangene Umsatz auch mit 25% weniger Personal erwirtschaftet werden könne. Die 25% sollen jetzt gehen.“ (Wilfried Warncke, Betriebsrat bei der Firma DURA in Rotenburg)

Handlungsspielräume in der Krise

Die Krise hat dazu geführt, dass Beschäftigungssicherung für die Kolleg/innen bei der diesjährigen Tarifrunde im Vordergrund stand. In unserem aktuellen Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie haben wir deshalb ein „Jobpaket“ geschnürt aus verbesserten Übernahmemöglichkeiten in feste Arbeit für Auszubildende und einer Verlängerung der gesetzlichen Kurzarbeit durch tarifliche Arbeitszeitverkürzung mit einem Teilentgeltausgleich für Krisenbetriebe, sowie 320,-Euro Einmalzahlung für alle in 2010 und 2,7% mehr Entgelt ab 1.4.2011.

Um Entlassungen zu vermeiden und die weniger gewordene Arbeit aufzuteilen, arbeiten viele kürzer – und die Entgeltverluste sind so abgedeckt.

Inzwischen hat sich in der Stahl- und Automobilzulieferindustrie die Situation auf niedrigerem Niveau als 2007/2008 stabilisiert: Bis auf einzelne Ausnahmen wird dort (im Gegensatz zum Maschinen- und Anlagenbau oder zum Bremer Daimlerwerk) nicht mehr kurz gearbeitet – aber die entlassenen Leiharbeiter/innen und befristet Beschäftigten sind raus. Erstaunlicherweise haben die meisten Automobilzulieferer, u.a. durch die über Kurzarbeit gesparten Personalkosten, selbst im Krisenjahr 2009 noch schwarze Zahlen geschrieben. Und die Arbeitgeber fordern für 2010 wie selbstverständlich, dass ihre Renditen wieder die gewohnte Höhe erreichen – notfalls durch weiteren Verzicht der Beschäftigten auf Entgelt, durch Arbeitszeitverlängerungen und Entlassungen...

Wenn der Wohlstand dieser Gesellschaft von immer weniger Menschen erarbeitet werden kann, ist dies eigentlich kein Grund für Massenerwerbslosigkeit, sondern eine Verteilungsfrage. Bislang arbeiten viele die Arbeit haben, immer länger und gestresster – andere, die arbeiten wollen, werden oder bleiben erwerbslos. Und statt die Gewinne fair zu verteilen, so dass alle ein Einkommen zum Auskommen haben, klafft die soziale Schere immer weiter auf. Auch in Bremen. ▣



Der Fachtag „Irreguläre Arbeit im Privathaushalt und ihre Alternativen“

fand am 4.2.2010 im DGB-Haus statt. Eingeladen hatte der „Runde Tisch Hausangestellte“, (NGG, Hausfrauenbund, Arbeitnehmerkammer, ZGF, KDA, KAB, FAW) um über eine Regularisierung und Professionalisierung von Dienstleistungsarbeit im Privathaushalt zu diskutieren.

MITTENDRIN

Träger

Kirchlicher Dienst
in der Arbeitswelt
forum Kirche
Hollerallee 75
28209 Bremen
Tel. 0421-3 46 15-22
Fax 0421-3 46 15-38
danielzick.forum@kirche-bremen.de
www.kirche-bremen.de/kda

Arbeit und Zukunft e.V.
Hollerallee 75
28209 Bremen
Tel. 0421-3 46 15-21/-23
aуз.forum@kirche-bremen.de
www.aуз-bremen.de

Stiftung Die Schwelle
Wachmannstrasse 79
28209 Bremen
Tel. 0421-30 32-575
Fax 0421-30 32-464
stiftung@dieschwelle.de

Beratungsstellen

Arbeitslosen- und
Sozialberatung Nord
Hermann-Fortmann-Str. 18
28759 Bremen
Tel. 0421-69 846-70/-71
Fax 0421-69 846 77
alsonord@alz-bremen.de

Arbeitslosenzentrum Tenever
Wormser Straße 9
28325 Bremen
Tel. 0421-40 20 68
Fax 0421-42 84 55
info@alz-tenever.net
www.alz-tenever.de

Frau und Arbeit
Beratung für erwerbslose und
berufstätige Frauen in der
City-Seelsorge
Unser Lieben Frauen Kirchhof 29
28195 Bremen
Tel. 0421-33 35 63

RAZ Beratungsstellen für
Jugendliche im Übergang von
Schule zu Beruf
Geschäftsführung im forum Kirche
Tel. 0421-3 46 15 50
eike.forum@kirche-bremen.de

RAZ Nord
Menkestraße 15
28755 Bremen
Tel. 0421-6 58 03 84
Fax 0421-65 26 30
raz.nord@kirche-bremen.de

RAZ West
Elisabethstr. 17/18
28217 Bremen
Tel. 0421-38 16 15
raz.west@kirche-bremen.de

Impressum

V.i.S.d.P. Antje Eilers

Mittendrin am Rande ist eine
Gemeinschaftsproduktion von:

- Kirchlicher Dienst
in der Arbeitswelt
- Stiftung Die Schwelle
- Arbeit und Zukunft e.V.

Auflage dieser Ausgabe: 1500

Layout: Ruth Flemming

Druck:
Sujet Druck und Verlag Bremen

Redaktionsanschrift
und Bestellung der
Mittendrin am Rande:
KDA
forum Kirche
Hollerallee 75
28209 Bremen
Tel. 0421-3 46 15 23
eilers.forum@kirche-bremen.de

Weitere Informationen auch unter:
www.kirche-bremen.de

Spendenkonto:
Arbeit und Zukunft e.V.
Konto 12 448 221
BLZ 290 501 01
Sparkasse in Bremen